

RS OGH 2018/2/20 10Ob60/17x, 5Ob103/21i

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 20.02.2018

Norm

KSchG §6 Abs3

Rechtssatz

Im Hinblick auf die aus dem Transparenzgebot abzuleitende Pflicht zur Vollständigkeit muss der Verbraucher von Anfang an auch über die Gründe und die maßgeblichen Indizes für eine Entgelterhöhung mittels Zustimmungsfiktion informiert werden, andernfalls die Auswirkungen der Klausel für ihn unklar bleiben. Nur auf diese Weise kann dem Risiko der künftigen Passivität des Verbrauchers ausreichend Rechnung getragen werden. Die Parameter, die für eine Entgelterhöhung mittels Zustimmungsfiktion eine Rolle spielen, müssen aus der Klausel selbst hervorgehen, damit diese dem Transparenzgebot entspricht.

Entscheidungstexte

- 10 Ob 60/17x
Entscheidungstext OGH 20.02.2018 10 Ob 60/17x
Veröff: SZ 2018/10
- 5 Ob 103/21i
Entscheidungstext OGH 28.09.2021 5 Ob 103/21i

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2018:RS0132022

Im RIS seit

20.06.2018

Zuletzt aktualisiert am

13.12.2021

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>